

Arbeitswelt

Soziologe Güngör: Der Einfluss der Gewerkschaft sinke zugunsten lockerer, themenbezogener Zweckgemeinschaften: Alte gewerkschaftliche Werte wie Solidarität blieben dabei freilich auf der Strecke: „Die Arbeitnehmer verlieren dabei zunehmend ihr gemeinsames Haus.“

ATYPISCH BESCHÄFTIGTE

Eine Million Menschen (29,6 Prozent der Erwerbstätigen) arbeiten in atypischen Niedriglohnjobs: 24,2 Prozent der Frauen, 7,4 Prozent der Männer. 40 Prozent davon leben unter dem Existenzminimum. Im Schnitt verdienen regulär Beschäftigte um 1,2 Euro mehr pro Stunde.

KASSENBEITRÄGE

Kleiner Lohn, hoher Beitrag

Scheinselbstständige mobilisieren gegen SVA.

WIEN. Dass sie plötzlich trotz ordentlich geleisteter Kassenbeiträge bei Arztbesuchen eine Vorauszahlung leisten mussten, brachte das Fass zum Überlaufen. Im Sommer 2010, als infolge eines Tarifstreits zwischen Ärztekammer und SVA (Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft) kurzzeitig ein vertragsloser Zustand ausgerufen wurde, gründeten verärgerte Scheinselbstständige eine Protestgruppe auf Facebook: „Amici delle SVA“, Freunde der SVA, nennen sie sich ironisch. Inzwischen ist der Protest angeschwollen. Denn obwohl rund 40 Prozent der 280.000 Ein-Personen-Unternehmer von Löhnen unterhalb des Existenzminimums leben, müssen sie bei der Unternehmer-Kasse regulär 20 Prozent Selbstbehalt zahlen. Dazu kommt, dass Kleinverdiener bei der SVA höhere Beiträge zahlen müssen als bei anderen Kassen. Immer wieder kommt es zu Exekutionen.

„Mit zunehmenden Einkommen sinkt der Prozentsatz“, sagt der Anwalt Georg Zanger. Er sieht den Gleichheitsgrundsatz verletzt und will die Sache vor den OGH bringen. Inzwischen hat indes auch die Politik reagiert: Zuständig ist Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ). Noch vor dem Sommer, so heißt es aus seinem Büro, soll eine Lösung gefunden werden.

Am 1. Mai feiert die Arbeiterbewegung ihre Errungenschaften, die längst nicht mehr für alle gelten

REUTERS



Die Aufmärsche

In der heutigen Form gehen die Kundgebungen der Wiener SPÖ, die aus den Bezirken zum Rathausplatz marschieren, auf 1929 zurück. Zwischenzeitlich verboten, zogen 1946 an die 200.000 Menschen am Rathaus vorbei, wo sich bis heute Politiker in flammenden Appellen versuchen.



Die Gegenwart

Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl hat auch schon größere Begeisterung am 1. Mai erlebt. Auf ausländische Touristen mag die Veranstaltung wirken wie ein nostalgisches Spektakel mit Leihgaben aus einem Parteimuseum.



KLEINE ZEITUNG
Fotos: AP/WIDE (2); AP (2)